

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 18.02. – 22.02.2013



SPD

Inhalt

1. Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit bekämpfen
2. Pferdefleischskandal
3. Projekt Zukunft – Kreativpakt
4. Regierungs-Chaos bei der Energiewende
5. Armuts- und Reichtumsbericht

STELLENMARKT

Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit bekämpfen

Nicht nur Amazon steht im Verdacht, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter unwürdigen Bedingungen zu beschäftigen. **Es muss endlich Schluss sein mit Sozialdumping, Niedriglöhnen und dem Missbrauch von Werkverträgen! Leiharbeiter müssen dieselben Arbeitsbedingungen wie die Stammebelegschaft haben.** Von Schikane durch sogenannte „Sicherheitsfirmen“ und miserablen Unterkünften einmal ganz zu schweigen!

Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro muss her! Scheinselbstständigkeit, die immer weitere Ausdehnung von Nacht- und Wochenendarbeit und die klammheimliche Beschneidung von Mitbestimmungsrechten müssen ein Ende haben. Um einer noch weiteren Zersplitterung der Tariflandschaft vorzubeugen, brauchen wir eine neue Ordnung von Arbeit in Deutschland! Unsere Ziele für die Umsetzung einer gerechteren Arbeitswelt findet Ihr im beigefügten Antrag „Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen“ ([zum Antrag bitte hier klicken](#)).

Pferdefleischskandal – und Aigner laviert

Ein Lebensmittelskandal jagt den Nächsten. Dioxin, Antibiotika, Gammelfleisch und jetzt wurden Anteile von Pferdefleisch in Fertiggerichten und wohl auch im Dönerfleisch gefunden. Erst als die Empörung über das Pferdefleisch immer mehr Schlagzeilen produzierte, reagierte die zuständige Ministerin Ilse Aigner mit einem Aktionsplan. Der ist aber „zahnlos“. Aigner will nicht die Strafen verschärfen, sondern will Sanktionen überprüfen. Wir befürchten, dass wie bei den vorangegangenen Aktionsplänen, weder mehr Verbraucherschutz noch transparentere Informationen heraus

kommen werden. Da ist wohl im wahrsten Sinne des Wortes etwas faul! Aigner will sich offensichtlich nicht mit der starken Landwirtschafts-Lobby anlegen, sondern sich lieber im Klein-Klein der Zuständigkeiten verlieren. **Was wir brauchen, ist eine eindeutige Kennzeichnung von Lebensmitteln, ein besserer Verbraucherschutz, härtere Strafen und auch eine öffentliche Bekanntmachung bei Verstößen.**

Verbraucherpolitik neu ausrichten:

Natürlich ist auch eine breite gesellschaftliche Diskussion notwendig, bei der es auch um Preise und Verhaltensweisen der Verbraucherinnen und Verbraucher, aber vor allen Dingen auch der Hersteller gehen muss. Wir fordern die Bundesregierung auf, genau das zu tun. Dazu haben wir einen Antrag in den Bundestag eingebracht ([hier geht's zum Antrag](#)) und ein weiterer SPD-Antrag beschäftigt sich mit moderner verbraucherbezogener Forschung ([bitte hier klicken für Antrag](#)). Wir schlagen unter anderem vor, mithilfe eines „Verbraucher-Checks“ die Auswirkungen von Gesetzen auf die Verbraucher zu prüfen.

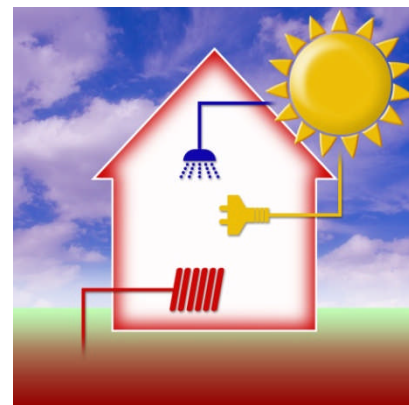
Projekt Zukunft - Kreativpakt

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiger Beschäftigungs- und Wachstumsfaktor. Buchmarkt, Musikwirtschaft, Film, Rundfunk, Bühne, bildende Kunst, Architektur und Design sowie die Software- und Games-Branchen und die Werbewirtschaft beschäftigen in Deutschland rund eine Million Menschen und erzielen einen jährlichen Umsatz von ca. 137 Milliarden Euro. Künstler, Autoren und andere Kreative sehen in ihrer oft projektbezogenen, freiberuflichen Tätigkeit eine Chance für Selbstverwirklichung und Flexibilität – gleichzeitig müssen sich aber viele um ihr Auskommen sorgen und sind gegen soziale Risiken wie Arbeitslosigkeit und Altersarmut nur unzureichend abgesichert. In ihrer Arbeit setzen Kultur- und Kreativschaffende Impulse für die gesellschaftliche Erneuerung. Daher fordern wir in unserem Antrag ([für den Antragstext bitte hier klicken](#)) die Bundesregierung auf, ein Gesamtkonzept für die Förderung der Kreativwirtschaft zu formulieren. Parallel wird gemeinsam mit den Ländern ein Bericht erstellt.

Auch Reformen des Urheberrechts und der Künstlersozialversicherung sind dringend notwendig. Die Rahmenfrist für die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld I muss auf drei Jahre verlängert und die Kulturförderung des Bundes muss ausgebaut werden. Die SPD-Fraktion wird den Dialog mit den Kreativen weiter vertiefen und Sprachrohr und Ansprechpartner gleichermaßen sein.

Regierungs-Chaos bei der Energiewende

Das Jahrhundertprojekt Energiewende stockt und die Verbraucher müssen die Zeche zahlen. Das Missmanagement und der Streit um die Zuständigkeiten bei der Energiepolitik zwischen Altmaier und Rösler verursachen nur noch Chaos. Es wird gezaudert und gezögert und damit wichtiges Vertrauen sowie Verlässlichkeit bei Verbraucherinnen und Verbrauchern, Unternehmen und Investoren zerstört. Auch die von Altmaier und Rösler neu präsentierten Vorschläge zur angeblichen Stromkostendämpfung sind reine Augenwischerei. Sie wirken verheerend auf den weiteren Verlauf der Energiewende.



Die Förderung der Erneuerbaren Energien bestimmt die Höhe des Strompreises nur geringfügig. Preistreiber sind die Preise für Kohle, Gas und Öl auf dem Weltmarkt und die Steuern und Abgaben. Um einen Soforteffekt für die Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher zu erzielen, schlagen wir eine Senkung der Stromsteuer für die ersten 500 bis 1.000 Kilowattstunden vor. Außerdem sollten die Privilegien der energieintensiven Unternehmen (bei rot-grün waren es

500 – bei schwarz-gelb sind es 2000 kWh) auf die wirklich im internationalen Wettbewerb stehende Industrie zurück geführt werden.

Unsere zukünftige Energieversorgung und unsere Glaubwürdigkeit als Wirtschaftsstandort hängen von einem nachhaltig guten Gelingen der Energiewende ab. Wir befürchten jedoch, dass diese Regierung keine Trendwende mehr schafft, denn es fehlt entschiedenes Handeln. Schade um die verlorenen Jahre.

Das Management der Energiewende wird ausschlaggebend für ihren Erfolg sein, deshalb wird die Energiewende unter einer rot-grünen Bundesregierung zur Chefsache.

- Der Ausbau des Stromnetzes muss endlich mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien verbunden werden.
- Das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss reformiert -und nicht zerstört- werden.
- Der dezentrale Netzausbau muss gefördert werden.
- Und nicht zuletzt muss der komplette auf fossile und nukleare Großkraftwerke ausgerichtete Energiemarkt zu Gunsten der Erneuerbaren Energien umgebaut werden.

Armuts- und Reichtumsbericht



Ein Bericht wie der „**Armuts- und Reichtumsbericht**“, der uns trotz der Verschleierungsversuche seitens des Wirtschaftsministeriums, **das Auseinanderklaffen der sozialen Schere vor Augen führt**, muss uns alle zum Handeln auffordern!

Vorsichtig formuliert, weist der von der Bundesregierung vorgelegte Armuts- und Reichtumsbericht Defizite auf. Wer den Bericht sorgsam liest, also auch die Fußnoten, der wird feststellen, dass sich das Risiko arm zu sein, besonders bei Alleinerziehenden, Arbeitslosen und Kindern, leider verstetigt hat, wohingegen der Einkommensreichtum in Deutschland erneut gestiegen ist. Als reich bezeichnet der Bericht Menschen, die mehr als das Doppelte des Durchschnittseinkommens beziehen.

Der Wirtschaftsminister will Hinweise auf die wachsende Schere zwischen arm und reich am liebsten aus dem Bericht heraushalten. Bei dieser Verschleierungstaktik machen wir nicht mit! Wir fordern in einem Antrag ([für den Antrag bitte hier klicken](#)) die Daten zukünftig präziser, konsistenter und zeitnaher zu erfassen und zusätzliche Messindikatoren heranzuziehen. Zum Beispiel werden Vererbung und Betriebsvermögen nicht ordentlich im Bericht abgebildet. Auch die soziale Herkunft spielt nur eine untergeordnete Rolle. **Besonders wichtig ist uns Sozialdemokraten, dass die Bundesregierung endlich auf Grundlage des Berichts gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen einen „Aktionsplan zur Armutsbekämpfung“ einführt!**

Unsere Tipps:

- Auch in diesem Jahr gibt es wieder das **Projekt „Deutschland – Land der Ideen“**. Dieses Mal wird nach den besten **„Ideen für die Bildungsrepublik“** gesucht. Unter www.bildungsideen.de können sich noch bis zum 24. März Initiativen und Projekte bewerben.
- **Journalistenpreis** für die **besten Medienbeiträge über Erneuerbare Energien**: Die *Agentur für Erneuerbare Energien* lobt den mit insgesamt 10.000 Euro dotierten Preis für Pressevertreterinnen und -vertreter aus. Bis zum 31. Mai 2013 können hier Arbeiten eingereicht werden. Das Bewerbungsformular finden Interessierte unter www.unendlich-viel-energie.de/de/service/ueber-uns/veranstaltungen/journalistenpreis-2013.html
- Der **dbb Beamtenbund und Tarifunion** vergibt den **Innovationspreis 2013**. Teilnehmer aus der Verwaltung mit Ideen für Innovationen, die im Rahmen des Kongresses „neue Verwaltung“ am 5. Juni 2013 in Leipzig prämiert werden, können sich unter www.dbb.de/innovationspreis informieren.
- Die **Justizministerin** möchte Studierende für die Grundrechte in der digitalen Welt sensibilisieren und ruft unter dem Motto **„Mach dich nicht nackig – wirb für deine Grundrechte!“** junge Menschen auf, sich für die Bedeutung von Grundrechten und Privatsphäre in der digitalen Welt stark zu machen. Weitere Infos zum **Kreativwettbewerb** unter www.bmj.de/nichtnackig.de.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia